

SPD-Gemeinderatsfraktion

Vorlage Nr.: **2022/0728**

Eingang: 28.06.2022

## Präventive Begleitmaßnahmen für die Cannabislegalisierung

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	26.07.2022	42	X	
Jugendhilfeausschuss	19.10.2022		x	

1. Die Stadt Karlsruhe erarbeitet präventive, begleitende Maßnahmen für die anstehende Legalisierung von Cannabis.
2. Dem Gemeinderat wird dargestellt, wie sich die Zuständigkeiten der Beratungsstellen (nach der Legalisierung) und ob sich die vorhandenen Beratungsangebote verändern werden.
3. Die Drogenkommission wird zeitnah zum Thema Legalisierung von Cannabis einberufen.

### Begründung/Einordnung:

Die Bundesregierung plant in der zweiten Jahreshälfte die Cannabislegalisierung einzuführen. Die Stadt Karlsruhe sollte frühzeitig darauf reagieren, und entsprechende Maßnahmen einleiten. Schüler\*innen und Jugendliche müssen, ähnlich wie beim Alkoholkonsum, über Risiken aufgeklärt werden. Außerdem gilt es, relevante Partner\*innen im Bereich der Prävention frühzeitig einzubinden. Organisatorisch ist zu klären, wie die Zuständigkeiten aufgegliedert werden. Aktuell sind die Stadt Karlsruhe und die AWO für illegale Drogen zuständig. Das Diakonische Werk und der Baden-Württembergische Landesverband für Prävention und Rehabilitation nimmt Personengruppen an, die eine Beratung zu legalen Drogen (Alkohol, Medikamente) suchen.

Unterzeichnet von:  
Yvette Melchien  
Anton Huber